



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Tatsachen über die vor 50 Jahren erfolgte Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD 1946

1. Vereinigung der SPD mit der KPD, eine sowjetische Intention

Die Intention für die Vereinigung der SPD mit der KPD ging im Herbst 1945, nach den für die Kommunisten verheerenden Kommunalwahlen in Ungarn und in Wien, von der sowjetischen Besatzungsmacht, sprich: von der Deutschlandabteilung des ZK der KPdSU in Moskau aus.

2. Zwangsvereinigung

Die SPD hätte sich der Vereinigung mit der KPD in der sowjetischen Zone nicht entziehen können. Es gab nur die Alternative: Vereinigen oder die SPD vorher auflösen (was vermutlich auch nichts genützt hätte, weil dann vereinigungsbefürwortende SPD-Funktionäre die SPD neu gegründet und die Vereinigung vollzogen hätten). Insofern trifft der Begriff „Zwangsvereinigung“ auf die organisatorisch-politische Verbindung der KPD mit der SPD korrekt zu.

3. Strategie der KPD für die Vereinigung

Die Strategie der KPD für die Vereinigung war nach Einvernehmen mit den Sowjets (Oberst Tulpanow) darauf abgestellt, die damalige Linke und vulgärmarxistische SPD-Funktionärsschicht, zumeist ältere und von den Nazis verfolgte Leute, für die Vereinigung zu gewinnen und sie als „Promotor“ für die Vereinigung einzusetzen.

Als strategische Mittel wurden angewandt: Das emotionale Verhaftetsein dieser SPD-Funktionärsschicht mit der „Einheit der Arbeiterklasse“, ihr unbedingter Prioritätsglaube an den „Sozialismus“ und ihre enge Kooperation mit Kommunisten während der Nazi-Verfolgung. Dazu kam eine „Vereinigungs-Terminologie für die verbale Beherrschung der Vereinigungsoperation“. Der Zeitplan der Vereinigung würde in drei Stufen eingeteilt: Die Vorbereitung zur Schaffung eines Vereinigungsklimas, die operative Zeit, in der Widerstände zu beseitigen waren und wichtige Positionen geschaffen werden sollten, drittens die Durchführungszeit mit dem Endpunkt der Vereinigung.

4. Taktik der KPD für die Vereinigung

Als taktische Elemente wurden eingesetzt: Die Wegnahme der Angst der Sozialdemokraten vor sowjetkommunistischen Methoden durch Publikationen, wie die vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ des KP-Funktionärs Anton Ackermann; zahlreiche Gespräche von KPD-Funktionären mit Sozialdemokraten, bei denen man sich „mild“ und zurückhaltend hinsichtlich der kommunistischen Positionen (Betriebsgruppen; enge Verzahnung mit den Sowjets, etc.) gab und Verständnis für die sozialdemokratischen Positionen (demokratische Strukturen, etc.) heuchelte; die Durchführung zahlreicher örtlicher Vereinigungsaktionen, um die Landesvorstände und den Zentralvorstand der SPD unter Druck zu setzen; die Zuführung naiver und labiler, aber vereinigungsskeptischer SPD-Funktionäre zu den Politikommissaren der Sowjets für „besondere taktische Behandlung“ („Panjok-Lebensmittelpakete, attraktive Sekretärinnen, leichte und schwere Erpressungen, etc.) und die Ausschaltung von der Vereinigung ablehnend gegenüber stehenden Sozialdemokraten. (Hermann L. Brill in Thüringen).

5. Die Verwirklichung der Vereinigung durch linke SPD-Funktionäre

Die Vereinigungsstrategie und -taktik der KPD, hier besonders von Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck, funktionierte hervorragend.

Die linken SPD-Funktionäre setzten in der noch unfertigen SPD unter weitgehender Ausschaltung der gegen die Vereinigung eingestellten Mitgliedschaft der SPD die organisatorisch-politische Vereinigung der SPD mit der KPD durch. Vereinigungsgegner in den Landesverbänden der SPD wurden systematisch durch Ausgrenzung und Redeverbot ausgeschaltet (siehe besonders Berlin).

Früher oder später waren fast alle linken SPD-Funktionäre, wenn sie nicht ideologisch sowieso für die Vereinigung waren, von den Sowjets korrumpiert (Grotwehl, Fechner, Maier, Lehmann, Käthe Kern, etc. im Zentralvorstand; Hoffmann, Böhme, Emma Sachse, Fröhlich aus Thüringen; Buchwitz, Mückenberger aus Sach-

sen, Dieker aus Sachsen-Anhalt, Litke aus Berlin, Ebert aus Brandenburg, Moltmann aus Mecklenburg, um nur einige zu nennen).

Sozialistische Ideologie, politische Träume, Posten, Geld, Weiber und beste Verpflegung gegen die Freiheit.

6. Der Freiheitskampf der Berliner Sozialdemokraten

In Berlin gab es durch mutige, für die Freiheit engagierte Sozialdemokraten mit dem atmosphärischen Hintergrund der westlichen Besatzungssektoren und der großen Unterstützung durch Kurt Schumacher offenen Widerstand gegen die Vereinigung, der nach einer bewegenden Funktionärsversammlung am 1. März 1946 im Admiralspalast in die Urabstimmung der Berliner Sozialdemokraten am 31. März 1946 mündete. 82% der West-Berliner Sozialdemokraten - die Ost-Berliner waren durch die Sowjets an der Abstimmung gehindert - stimmten gegen die Vereinigung.

Damit war die Selbständigkeit der Berliner Sozialdemokraten gesichert, die deutsche Grundlage für die Freiheit West-Berlins gelegt und die ersten Zeichen für eine freundschaftliche Verbindung mit den westlichen, demokratischen Schutzmächten West-Berlins gesetzt.

Stellvertretend für die damaligen mutigen Sozialdemokraten, die für die Freiheit kämpften, seien hier genannt: Kurt Schumacher, Franz Neumann, Curd Swolinski, Klaus Peter Schulz, Karl Germer, Frau Bodin, Ida Wolff, Jeanette Wolf, Fritz Neubecker, Gustav Klingelhöfer, Louise Schröder, Außner, Lohrenz, Julius Scherff, Werner Rüdiger, Kurt Exner, Joachim Lipschitz, Ernst Sünderhauff, Gerhard Ludwig u.a.

Julius Scherff vom Prenzlauer Berg wurde von den Sowjets verhaftet und umgebracht. Werner Rüdiger, Artur Knaack, Erich Czerny, Wilhelm Heubeck, Her-

bert Miesner, Gerhard Sperling, Günter Wähler, Eva Fischer, Horst Vollrath, Heinz Gerull u.a. wurden von der SED jahrelang inhaftiert.

7. Aufbau einer neuen Diktatur in Deutschland unter tatkräftiger Beteiligung linker SPD-Funktionäre

Die sowjetkommunistische Diktatur durch die SED von 1946 bis 1989/90 wurde in erster Linie von Kommunisten geschaffen. Linke SPD-Funktionäre leisteten überall tatkräftige Unterstützung. Immer mehr verstrickten sie sich in der neuen SED-Diktatur und waren an allen Verbrechen dieser Diktatur beteiligt. Hoffmann (Thüringen) als Generalstaatsanwalt in Mecklenburg, Böhme als SED-Propagandist und Kommunalpolitiker in Thüringen; August Frölich als SED-Propagandist und Volksratsmitglied, Grotewohl als einer der obersten Diktatur-Funktionäre, Mückenberger als Politbüromitglied, Fechner als Justizminister, Buchwitz als Inquisitor gegen oppositionelle Sozialdemokraten usw.

Hermann Kreutzer, Ministerialdirektor i.R.

(Nach vorausgegangenem Widerstand gegen die Nazi-Diktatur, Neubegründer der SPD in Thüringen, kooptiertes Mitglied im Thüringer Landesvorstand der SPD, Vereinigungsgegner mit schweren Auseinandersetzungen mit linken SPD-Funktionären und dem damaligen Jungkommunisten Erich Honecker.

Auf Veranlassung der SED wegen sozialdemokratischer Überzeugung zusammen mit Vater und Verlobter vom NKWD verhaftet und zu je 25 Jahren Haft verurteilt. Über sieben Jahre in Bautzen etc. inhaftiert.)

Anmerkung der Redaktion: Fairerweise muß darauf hingewiesen werden, daß es auch in der CDU und LDPD Kräfte gab, die sich von den Sowjets korrumpieren ließen und als „Blockflöten“ eine üble Rolle spielten. Stellvertretend für viele seien hier nur die Namen Dickmann und Nuschke genannt.

Der große Moralist Stefan Heym und seine Vergangenheit im SED-Staat

Als Angehöriger der US-Armee kam er nach Deutschland. Im „Arbeiter- und Bauernstaat“ ließ er sich nieder. In den fünfziger Jahren ging er auf Entdeckungstour in Stalins Sowjetunion. Er nennt sie „eine Reise ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten“. Nur Positives kann er berichten. In Stalins Lagern wurden Millionen Menschen gequält, gefoltert und ermordet. In einem politischen Buch schreibt er: „Alles sei erstunken und erlogen, es handle sich um Schauermärchen“. Statt Stalins Lager entdeckte Heym etwas anderes: Das Frühstück der russischen Arbeiter beginnt mit Kaviar. Über Stalin verfaßte er eine Lobeshymne in der „Berliner Zeitung“. Heym über Stalin: „Der Mann war von solchem Format - als Mensch, als Parteiführer, als Wissenschaftler, Historiker, General und Staatsmann - daß weder Dreck noch die künstlichen Lorbeerblätter, die man ihm in den Weg warf, auch nur an seine Schuhsoh-

len reichten“. Zum 17. Juni 1953 greift er wieder zur Feder und schreibt über die angeblichen Hintermänner des Aufstandes: „Das waren keine Deutschen und keine Arbeiter, sondern etwas, das man aus dem Leibe der nation auspreßt wie Eiter aus einem Furunkel“. In der „Berliner Zeitung“ berichtet er: „Mancher Arbeiter weiß heute noch nicht, daß am 17. Juni ein neuer Weltkrieg abgewehrt wurde, den die Westmächte auszulösen beabsichtigten - ein Vernichtungskrieg mitten in Deutschland“. 9 Tage danach erhält Heym für seine Aufklärung von der SED-Regierung den Thomas-Mann-Preis, seine erste Auszeichnung!

Heym schreibt über den Arbeiteraufstand in Ungarn 1956. Eingeschleuste faschistische Sturmtruppen ermordeten die ungarischen Arbeiter. Außerdem schreibt Heym: Sie - die Bonner Ultras - täten das am liebsten auch in der

DDR: „Nur gar zu gern hätten sie auch bei uns einen Monat der langen Messer durchgeführt, Menschen an den Füßen aufgehängt, lebenden Leibs eingemauert, an Lastkraftwagen gebunden und durch die Straßen geschleift, in Abwässern ertränkt, gevierteilt“. Stefan Heym erhält den Literaturpreis der Einheitsgewerkschaft 1956 und den Nationalpreis '59.

Zur entstehenden Bundeswehr und dem Verhalten westdeutscher Jugendlicher weiß er folgendes zu berichten: „Da wird geklaut und geprügelt und vergewaltigt, lustgemordet und raubgemordet. Wird das eine Armee werden in Bonn! Dagegen waren die SS-Divisionen Waisenknaben“.

Heym darf öfter in die Bundesrepublik reisen und in Westzeitschriften berichten. So schreibt er 1988: „Honecker ist ein Mensch, der sich verändert, der sucht. Glauben Sie bitte nicht, daß ergeistig erstarrt oder verkalkt ist. Noch im Juni 1989, also vier Monate vor Fall der Mauer, betont Heym in Köln, daß der sogenannte antifaschistische Schutzwall erhalten bleiben muß. Sollten die Republikaner im Westen weiteren Zulauf erhalten, wäre die DDR da, um bedrängten Sozialdemokraten und Grünen politisches Asyl zu bieten.

August 1989: Viele DDR-Bürger verlassen über Ungarn/Österreich den SED-Staat. Stefan Heym, der stän-

dig in den Westen fährt, bei jedem Interview die Hand sehr weit aufhält, äußert sich verächtlich über die Flüchtlinge in einer bundesdeutschen Zeitung: „Viele von den jungen Leuten in Ungarn und Österreich, die da jetzt jeden Abend samt ihrer Fluchtstory im Westfernsehen gezeigt werden, sind im Grunde genommen Spießbürger, ihre Vorstellungen von Demokratie primitiv“. November 1989. Die Mauer fällt. Fast alle Deutschen freuen sich. Die DDR-Bürger strömen über die Grenze. Das gefällt dem ständig sich im Westen aufhaltenden Schriftsteller überhaupt nicht. Er moniert im „Spiegel“: „Aus dem Volk der DDR wurde eine Horde von Wüti-gen, die, Rücken an Bauch gedrängt, Hertie und Bilka zustrebten auf der Jagd nach dem glitzernden Tinnel. Welche Gesichter, da sie, mit kannibalischer Lust, in den Grabbeltischen wühlten“.

Heym war kein Dissident. Vielmehr ein privilegiertes Alibi des SED-Staates.

Ein amerikanischer Literaturwissenschaftler sagte von Heym, er sei eine jener Gummisgestalten, die ständig Haken schlagen, um durchzukommen.

Als Aushängeschild sitzt Heym mit Gysi vor den PDS-Abgeordneten im Bundestag!

Johannes Lindemann, Flachslanden

Spät kommt sie, die Einsicht, aber sie kommt!



Nazi-Blutrichter urteilten über unschuldige Menschen und verhängten Todesstrafen, ohne dafür jemals zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Wir haben in der Vergangenheit in unserem Presseorgan mehrfach darauf hingewiesen, daß Verbrechen gegenüber Mitgliedern unseres Reichsbanners - so gegenüber unserem stellv. Bundesvorsitzenden Johannes Stelling, ungesühnt geblieben sind. Umgekehrt aber wurden Mitglieder des Reichsbanners nach Hitlers Machtergreifung wegen ihres Einsatzes für Freiheit und Gerechtigkeit von Hitlers Blutjuristen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

Mit aller Schärfe haben wir das Urteil des Bundesgerichtshofes von 1954 angegriffen, welches eine Verurteilung von Nazirichtern unmöglich gemacht hat. Selbst der berüchtigte Vorsitzende des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, wäre nach dieser absolut unverständlichen Rechtsprechung vollkommen unbehelligt geblieben.

Für uns ist es jetzt eine große Genugtuung, daß der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat und die Versäumnisse des eigenen Hauses in ungewöhnlicher Schärfe kritisiert. In der Begründung eines Strafurteils gegenüber einem DDR-Richter geht der 5. Strafsenat des BGH darauf ein, daß es die eigenen Kollegen in der Vergangenheit immer abgelehnt haben, Nazirichter wegen Rechtsbeugung zu verurteilen.

Insgesamt hat der Senat bekräftigt, daß das Scheitern der Verfolgung von NS-Richtern vornehmlich durch eine zu weitgehende Einschränkung bei der Auslegung der subjektiven Voraussetzungen des Rechtsbeugungstatbestandes bedingt war. Auch ihr Urteil über die ehemaligen NS-Blutrichter ist ungewohnt klar: Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hatte eine Perversion der Rechtsprechung bewirkt, wie sie schlimmer kaum vorstellbar war. Wir haben diese Rechtsprechung im-

mer als Blutjustiz bezeichnet und können uns jetzt auch durch den BGH bestätigt fühlen. Leider haben sich bei der strafrechtlichen Verfolgung des Naziunrechtes auf diesem Gebiet erhebliche Schwierigkeiten ergeben, obwohl doch die Korrumpierung von Richtern und Staatsanwälten durch die Machthaber des NS-Regimes ganz offensichtlich war.

Die damalige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes war ein folgenschweres Versagen der bundesdeutschen

Strafjustiz, denn Richter der NS-Justiz sind niemals zur Rechenschaft gezogen worden, obwohl sie an vielen Todesurteilen mit fadenscheiniger Begründung mitgewirkt haben. Eine Schande für unseren Rechtsstaat. Noch schlimmer aber war es, daß sie nach 1945 oftmals weiter als Strafrichter tätig waren und in einzelnen Fällen auch noch eine politische Karriere machen konnten.

Hans Bonkas

Angriff auf die Republik - das Ende von Weimar

Das war der Einladungstitel eines von der Friedrich-Ebert-Stiftung im Namen unseres Reichsbanners durchgeführten Seminars. Es war außerordentlich erfolgreich. Tagungsort war Freudenberg in der Gustav Heinemann Akademie vom 6. - 8.3 dieses Jahres.

Die qualifizierten Referenten und nicht zuletzt die engagierten Seminarteilnehmer und Pädagogen der Akademie sowie insbesondere die Beiträge der Zeitzeugen des Jahrhunderts trugen dazu bei, daß von einem hervorragenden Seminar gesprochen wurde. Auf unserem Foto sitzen 4 Zeitzeugen, die zusammen 351 Lebensjahre verkörpern - Rudolf Vohmann, München, Helga zu Löwenstein, die Gattin unseres verstorbenen Bundesvorsitzenden Prinz zu Löwenstein, Dr. Volkmar von Zühlsdorff, der ein eindrucksvolles Koreferat gehalten hatte, sowie Alfred Körner, unser 1. Bundesvorsitzender. Alle vier waren Widerstandskämpfer in unserem Reichsbanner und haben diese Geschichtsepoche miterlebt oder sogar mitgestaltet.

Beeindruckt hat mich, daß die dargestellte Weimarer Zeit heute bereits wieder Parallelen findet, und, daß sich alles wiederholen könnte, wenn wir nicht wachsam

sind. Damals wie heute gab es große Arbeitslosigkeit, Radikalität, Wohnungsnot und Gewaltbereitschaft. Die Parole unseres Reichsbanners lautet immer noch „Wehret den Anfängen!“

Es wird geklagt über Staatsverdrossenheit, über Entsolidarisierung. Für mich ist es keine Frage mehr. Unsere Demokratie steht nicht mehr vor, sondern mitten in ihrer Bewährungsprobe. Die Kluft zwischen der proklamierten und von der überwiegenden Mehrzahl der Bürger gewollten parlamentarischen Demokratie und dem sogenannten politischen Alltag wird immer größer - sowohl materiell als auch ideell. Gefährlich ist, daß dieses Vakuum von radikalen und ideologisch fixierten Scharfmachern und Hetzern und von wirklich Unzufriedenen ausgefüllt wird.

Diesen Ist-Zustand braucht man garnicht dramaturgisch aufzubereiten, sondern es genügt schon, die Fakten mal aufzulisten und aufzuzeigen.

Der „Soziale Friede“ hat jahrzehntelang bei kontinuierlicher Steigerung des Bruttosozialproduktes und der Wachstumsrate funktioniert. Im Bundestag, bei Wahl-

kämpfen und auf Empfängen wurde bis vor kurzem noch damit kokettiert. Da aber in unserer sogenannten Leistungsgesellschaft fast alles nach Höhe, Menge und Größe bewertet wird, stelle ich bewußt die provozierende Frage: Wieviel Prozent sozialen Schwachsinn kann sich eine parlamentarische Demokratie eigentlich leisten?

Eine Industriegesellschaft, eine Gesellschaft überhaupt, die sich fast ausschließlich an materiellem Kosten-Nutzen ausrichtet erzeugt Neid, sozialen Neid, Mißmut, Aggression, macht krank und führt zur Passivität. Die Ver-



armung, die (kommunale) Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, steigende Mieten und ebenso ansteigende allgemeine Kosten verursachen soziale Ängste - und die haben schon einmal eine Wahl entschieden.

Dies sind meine Anregungen aus dem großartigen Seminar in Freudenberg. In jedem Fall hat dies vorzüglich

organisierte Seminar für jeden Teilnehmer neue Erkenntnisse über die Weimarer Zeit und im besonderen über den Preußenschlag vom 20. Juli 1932, der das Ende der Weimarer Republik bedeutete, gebracht.

Hans Brück



Wir trauern um unseren Kameraden Philipp Emmert

Er starb am 6.3.1996 im 92. Lebensjahr. Kamerad Philipp Emmert war bereits in der Weimarer Zeit seit Gründung unseres Reichsbanners im Jahre 1923 aktiv bei uns tätig. Wir waren damals mit 3 1/2 Millionen Mitgliedern die größte demokratische Organisation.

Am 13.3. fand in der erneuerten großen Trauerhalle des Hauptfriedhofs in Frankfurt am Main eine würdige Trauerfeier statt. Unser 1. Bundesvorsitzender, Alfred Körner, und der 1. Vorsitzende des Ortsvereins Frankfurt am Main, Hans Brück, haben in ihren Trauerreden die großen Verdienste unseres Kameraden gewürdigt. In verschiedenen Funktionen hat er sich für die Allgemeinheit aufgeopfert, was seine vielen Ehreenauszeichnungen belegen.

Mit unserem lieben und treuen Philipp verlieren wir einen unserer besten Kameraden, der selbstlos ein Leben lang für unsere Ideale der Menschlichkeit und Toleranz eingetreten ist. Er war als Zeitzeuge des Jahrhunderts ein Vorbild für die junge Generation.

Zur Neugründung unseres Reichsbanners nach dem Zusammenbruch der verheerenden Nazi-Herrschaft war er einer der ersten, die zur Stelle waren. Auch hat er im Laufe seiner über 70-jährigen Mitgliedschaft wichtige Funktionen bei uns mit Erfolg ausgefüllt. Er war bis wenige Monate vor seinem Tode trotz seines hohen Alters im Vorstand des Ortsvereins Frankfurt sowie im Bundesvorstand. Eine einmalige Pflichterfüllung!

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.



Alfred Körner und Anita Brück (unsere Kassiererin)

Reichsbanner intern

Bundesausschusssitzung

Der Termin der nächsten Bundesausschusssitzung in Frankfurt a.M. muß wegen Terminschwierigkeiten einiger Ausschusssmitglieder auf Samstag, dem 15. Juni 1996 verschoben werden. Einzelheiten werden noch schriftlich mitgeteilt. Wichtig ist, daß jeder daran teilnimmt, da wichtige Entscheidungen zu treffen sind und auch Anregungen der Landesbezirke über Intensivierung unserer Öffentlichkeitsarbeit erwünscht sind.

Seminare

Nach den gelungenen vier Seminaren in Dresden, zweimal in Freudenberg und in Würzburg, die zweifellos mit Erfolg gekrönt waren, sind wir ermutigt, weitere Seminare zu veranstalten. Wie bereits in unserer letzten Zeitung angekündigt, findet in aller Kürze - vom 28. bis 31. Mai 1996 - wieder ein wirkungsvolles Seminar in Würzburg mit sehr guten Referenten zu dem aktuellen Thema „Kampf der demokratischen Kräfte in der ehemaligen DDR gegen die Staatsdiktatur“ statt. Dies und mehr werden Sie aus fachkundigem Munde hören. Wer noch teilnehmen will, muß sich unverzüglich anmelden. Nur wer sich gleich anmeldet, kann noch berücksichtigt werden.

Anmeldung bei Hans Bonkas, Im Hermeshain 20, 60388 Frankfurt, Tel.: 0 61 09 / 3 41 14 oder bei Hans Brück, Konstanzer Straße 72, 60388 Frankfurt, Tel.: 0 69 / 42 41 03.

Nach Eurer Anmeldung erhaltet Ihr das genaue Programm.

Neugründung des Landesbezirks Hamburg

Neue und noch junge Mitglieder sind dabei, mit den Mitgliedern aus der Weimarer Zeit wieder den Landesbezirk Hamburg aufzubauen. Der Landesverband Hamburg hatte vor 1933 Tausende Mitglieder. Wir wünschen dazu viel Erfolg. Mit unserem Reichsbanner geht es wieder aufwärts. Allein der Ortsverein Frankfurt bekam 1995 36 neue Mitglieder. Weiter so!

Reichsbannerzeitung

Unsere Zeitung wird schon Jahrzehnte zum gleichen Preis geliefert, obwohl die Druckkosten und vor allem die Versandkosten durch ungewöhnlich hohes Porto nur Verluste bringen. Um unabhängig von Spenden zu sein, überlegen wir, ob der Zeitungspreis erhöht werden sollte.

Es wäre wünschenswert und erfreulich, wenn bereits jetzt, vor einer Beschlußfassung der nächsten Bundeskonferenz, jedes Mitglied zusätzlich zu seinem bisher noch nie erhöhten niedrigen Beitrag freiwillig ein kostendeckendes Zeitungsgeld zahlen würde. Das heißt: Das Zeitungsgeld von bisher DM 6,- ohne Versandkosten möglichst ab sofort auf DM 10,- jährlich zu erhöhen. Das wäre dann der Selbstkostenpreis, und wir könnten

die Zeitung ohne Zuschüsse liefern. Auch eine Spende wäre wünschenswert.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich alle ansprechen, die unsere Zeitung kostenlos erhalten und mit Zeitungsgeld und Beitrag noch rückständig sind, dies unverzüglich nachzuholen. Diejenigen, die ihre Zahlungen direkt an den Bund leisten, auf das Bundeskonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt am Main, Konto Nr. 1007 765 100, Bankleitzahl 500 101 11.

Leider haben einige Mitglieder im Bundesgebiet beim Ortsverein Frankfurt, der zur Zeit zusätzlich alle Mitglieder im Bundesgebiet betreut, die noch keinen Ortsverein haben, trotz Mahnung ihre Rückstände nicht beglichen. Wir bitten, dies jetzt, spätestens aber bis zum 1. Juli 1996 nachzuholen, andernfalls müssen wir annehmen, daß sie weder an einer Mitgliedschaft noch an unserer Reichsbanner-Zeitung interessiert sind.

Das Konto des Ortsvereins Frankfurt a.M. ist bei der Postbank Frankfurt a.M., Konto Nr. 98 340 606, Bankleitzahl 500 100 60, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Frankfurt a.M.

Unsere Zeitung dürfte doch für jeden wertvoll sein, was wir durch viele Zuschriften schon erfahren haben. Ich hoffe, daß mein Appell auf fruchtbaren Boden gefallen ist und bedanke mich für Euer Verständnis, daß diese Ermahnung notwendig ist.

Alfred Körner

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.

Redaktion und Pressesprecher: Alexander Matwejew (presserechtlich verantwortlich), Hans Bonkas (stellv. Pressereferent). Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.